

6 Januar 2011, S.8

POSITIONEN

Wenn ein neuer Staat entsteht

Frieden im Sudan verlangt mehr als die Souveränität des Südens

Von Volker Perthes

Vor dem Präsidentenpalast in Khartum wirbt eine großformatige Plakatwand für die Erhaltung der nationalen Einheit. Damit erschöpft sich, wie es scheint, der Widerstand gegen das erwartete Ergebnis des Referendums über die Unabhängigkeit des Südsudan. Die Abstimmung, die an diesem Sonntag beginnt, besiegelt den fünfjährigen Friedensprozess, mit dem der Bürgerkrieg zwischen Nord und Süd beendet wurde. Theoretisch ist ein Votum für den Verbleib im Gesamtsudan möglich. Nur erwartet dies niemand. Auch Präsident Bashir scheint akzeptiert zu haben, dass der Sudan ein Drittel seines Territoriums verlieren wird. Im Süden wird bald ein neuer, allerdings schwacher Staat entstehen.

Dass ausgerechnet der international isolierte sudanesishe Staatschef den Unabhängigkeitswillen der Südsudanesen zu respektieren gelobt, mag als interessante historische Wendung gelten. Im eigenen Land machen ihm das einige zum Vorwurf; es gibt auch Aufrufe zur Gewalt gegen Südsudanesen. Manche sehen den Präsidenten, gegen den ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs vorliegt, zunehmend als Belastung. Auch im Norden werden deshalb politische Veränderungen erwartet. Man kann hoffen, dass dies in einem geordneten Prozess passiert - über eine Erweiterung der Regierung, eine verfassungsgebende Versammlung oder durch Neuwahlen, nicht durch einen Coup oder gewaltsame Auseinandersetzungen in Khartum.

Die internationale Gemeinschaft hat den Friedensprozess im Sudan unterstützt. Sie hat nun mindestens drei Aufgaben. Zunächst muss sie dem Südsudan helfen, ein Staat zu werden, der seinen Bürgern mehr bieten kann als eine große Unabhängigkeitsfeier. Hier entsteht ein Land von 700 000 Quadratkilometern, das nur 150 Kilometer asphaltierte Straße hat. Es braucht Infrastruktur, Schulen und Kliniken, eine funktionierende Verwaltung und Justiz.

Zweitens brauchen Norden und Süden Unterstützung beim Aufbau kooperativer Beziehungen. Es geht hier nicht nur um ungelöste Grenzfragen, sondern auch um die Erhaltung existierender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bindungen. Dies betrifft die Nomaden, die ihre Herden in der Trockenzeit in den Süden treiben, genauso wie die zwei bis drei Millionen Südsudanesen, die im Norden leben, oder den Ölexport aus dem Süden über die Pipeline nach Port Sudan. Wahrscheinlich wird eine UN-Blauhelmission beitragen müssen, Zwischenfälle an der zukünftigen Grenze zu vermeiden.

Schließlich sollte der Westen die Beziehungen mit Khartum auf eine neue Grundlage stellen. Was immer dem sudanesischen Regime vorzuwerfen ist - es hat den jahrzehntelangen Krieg mit dem Süden beendet. Und es könnte die historische Leistung einer friedlichen Sezession vollbringen.

Gleichzeitig muss der Friedensprozess in Darfur fortgeführt werden. Anders als im Süden wird die Rebellion in Darfur nicht vom Wunsch nach Souveränität getrieben. Gesellschaftliche Gruppen sind durchaus zur Versöhnung bereit. Frieden aber wird es nur geben, wenn in Darfur wieder Brunnen gebohrt werden, Flüchtlinge in ihre Dörfer zurückkehren oder kompensiert werden und die jungen Männer wirtschaftliche Alternativen zur Rekrutierung in eine Rebellenmiliz finden. Die Regierung wird dies, gerade wenn sie den Süden und die Öleinnahmen verliert, allein kaum erfüllen können. Wenn die internationale Gemeinschaft also Stabilität im Sudan und Frieden in Darfur will, wird sie Khartum helfen müssen - mit einem Umschuldungsabkommen und wirtschaftlicher Hilfe zum Wiederaufbau in Darfur.

Der Autor ist Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik.